

2. Der Interpellant weist zu Recht auf die Bedeutung der Strategien und Marketingkonzepte der wichtigen Konkurrenten hin. Diese sind entgegen anderslautenden Darstellungen mit berücksichtigt worden. Es war uns aber wichtig, nicht bei der Konkurrenzanalyse stehenzubleiben. Es ging vielmehr darum, eine eigenständige Marketingstrategie zu entwickeln, welche sich von jener der Konkurrenten abhebt.
3. Das Biga hat zusammen mit dem Ausschuss der Schweizerischen Verkehrszentrale entschieden, den Evaluationsbericht nicht zu veröffentlichen. Er enthält vertrauliche Daten, welche aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes nicht veröffentlicht werden können.
4. Das Amt hat eine Kurzfassung erstellt, welche Mitte September 1993 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Der Originalbericht der Gutachter wurde keiner nachträglichen Überarbeitung unterzogen. Er bildet nach wie vor die Grundlage des Bundesrates für die Neuausrichtung der Schweizerischen Verkehrszentrale.
5. Die Gutachter schlagen vor, die Führungsstrukturen zu straffen und zu diesem Zweck Ausschuss und Vorstand der Schweizerischen Verkehrszentrale durch ein einziges Gremium zu ersetzen. Der Bundesrat schliesst sich dieser Beurteilung an. Er wird dem Parlament die Auflösung des Vorstandes vorschlagen.
6. Der Bundesrat ist entschlossen, die Reorganisation der Schweizerischen Verkehrszentrale rasch, flexibel und umfassend durchzuführen. Er hat damit bereits begonnen. Dieses Jahr werden aufgrund von Effizienzsteigerungsmaßnahmen 5 Millionen Franken an administrativen Aufwendungen eingespart. Die freiwerdenden Mittel fließen vollumfänglich in zusätzliche Marketinganstrengungen zugunsten des Tourismus. Ab 1995 wird schrittweise eine neue Marketingstrategie eingeführt. Diese neue strategische Ausrichtung soll durch eine Modernisierung des veralteten SVZ-Erlasses begleitet werden. Der Bundesrat wird den eidgenössischen Räten noch dieses Jahr ein revidiertes Gesetz über die Schweizerische Verkehrszentrale vorlegen.
7. Dem Biga obliegen die Planung und der Vollzug der Tourismuspolitik des Bundes. Das Amt besitzt die Voraussetzungen, um diesen Politikbereich sachgerecht abzudecken. Der Bundesrat will im neuen Vorstand der Schweizerischen Verkehrszentrale die Mehrheit der Mitglieder bestimmen, weil er zwei Drittel der finanziellen Mittel bereitstellt. Er wird als Mitglieder neben der Aufsichtsbehörde Experten aus der Wirtschaft berufen.

Erklärung des Interpellanten: befriedigt
Déclaration de l'interpellateur: satisfait

94.3034

Interpellation Keller Rudolf
Matura-Arbeitslosengeld.
Missbrauch?
Allocations de chômage
accordées aux bacheliers.
Une prestation abusive?

Wortlaut der Interpellation vom 28. Februar 1994

Laut diversen Medienberichten sollen viele Maturandinnen und Maturanden nach erfolgter Maturaprüfung Arbeitslosengelder beziehen, wenn sie nicht sofort eine Arbeitsstelle finden. Die Höhe dieser Bezüge soll bis zu 2300 Franken im Monat gehen. Damit würden sie mehr erhalten als AHV-Rentnerinnen und -Rentner! Nach allgemeiner, bisher geltender Auffassung sind Arbeitslosengelder für ehemals arbeitende und heute arbeitslose Leute bestimmt, denn diese haben dafür auch Prämien mittels Lohnabzügen bezahlt.

Ich frage deshalb den Bundesrat:

1. Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmungen (Artikel, Gesetz, Verordnung) werden solche Auszahlungen gemacht?
2. Wie viele Maturandinnen und Maturanden haben seit 1992 Arbeitslosengelder bezogen? Wie lange im Durchschnitt pro Person und in welcher Höhe?
3. Wie bewertet er den Bezug von Arbeitslosengeldern durch Maturandinnen und Maturanden, und was ist allenfalls aus Bundessicht zu unternehmen?

Texte de l'interpellation du 28 février 1994

Conformément à divers reportages dans les médias, de nombreux bacheliers toucheraient des allocations de chômage une fois leur maturité en poche, s'ils ne trouvent pas toute de suite un emploi. Il semblerait que ces allocations puissent atteindre 2300 francs par mois, ce qui dépasserait même le montant des rentes AVS! Jusqu'à présent, on a toujours considéré que les allocations de chômage étaient réservées aux personnes qui ont travaillé avant de se retrouver au chômage, et qui ont donc versé des cotisations, déduites de leur salaire. Je pose donc les questions suivantes au Conseil fédéral:

1. En vertu de quelles dispositions légales (article, loi, ordonnance) ces allocations sont-elles versées?
2. Combien de bacheliers ont touché des allocations de chômage depuis 1992? Pendant combien de temps, en moyenne et par personne, en ont-ils touché, et à raison de quel montant?
3. Que pense-t-il du fait que des bacheliers touchent des allocations de chômage et, le cas échéant, quelles mesures faudrait-il prendre à son avis?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 11. Mai 1994

Rapport écrit du Conseil fédéral du 11 mai 1994

1. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz befreit Personen von der Beitragspflicht, welche vor Eintritt der Arbeitslosigkeit aufgrund von Schulausbildung, Krankheit oder Unfall in keinem Arbeitsverhältnis gestanden sind und aus diesem Grund die Beitragspflicht nicht erfüllen konnten (Art. 14 Avig). Diese Versicherten haben während der Rahmenfrist für den Leistungsbezug einen Anspruch auf maximal 170 Taggelder (Art. 27 Abs. 4 Avig und Art. 2 Abs. 3 Bst. b der Verordnung zum Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung).

Vor dem Bezug der ersten Taggelder besteht für diese eine Wartefrist von fünf Tagen (Art. 14 Avig und Art. 6 Abs. 3 der Arbeitslosenversicherungsverordnung).

Als versicherten Verdienst bestimmt die Verordnung für Maturanden einen Pauschalbetrag von 127 Franken pro Tag (Art. 41 Abs. 1 Bst. b der Arbeitslosenversicherungsverordnung und Art. 1 Bst. b der Verordnung über die Anpassung der Pauschalansätze in der Arbeitslosenversicherung). Die Maturanden erhalten somit eine monatliche Entschädigung von durchschnittlich 2205 Franken (127 Franken x 21,7 x 80 Prozent).

2. Aufgrund der verfügbaren statistischen Angaben ist es nicht möglich, eine genaue Antwort auf die Frage betreffend Anzahl der Maturanden, welche seit 1992 Arbeitslosenentschädigung bezogen haben, sowie betreffend durchschnittliche Dauer und Umfang der Entschädigung pro Person zu geben. Die durchschnittliche Anzahl von Versicherten, welche die Matura, einen Lehraabschluss oder den Schulabschluss gemacht haben und zwischen dem 1. Januar 1993 und dem 28. Februar 1994 Arbeitslosenentschädigung erhalten haben, beträgt 4285 pro Monat (schätzungsweise, da keine spezifischen statistischen Daten betreffend diese Kategorie von Versicherten vorliegen).

Ferner schätzt die Verwaltung, dass die Maturanden durchschnittlich pro Person fünfzig bis sechzig Taggelder (was einer Entschädigungsperiode von zwei bis drei Monaten entspricht) im Totalbetrag von 5078 Franken (50 Taggelder) und 6094 Franken (60 Taggelder) beziehen.

3. Der Bundesrat stellt fest, dass die geltende Gesetzgebung tatsächlich Verhaltensweisen begünstigt hat, die allgemein als «Missbrauch» bewertet werden. In der Tat kann die Möglichkeit, rasch Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu beziehen, Maturanden dazu bringen, eine angebotene Stelle, etwa einen Ausbildungsplatz, abzulehnen. Aus diesem Grunde hat der Bundesrat in seinem Entwurf für die Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorgeschlagen, die Wartezeit der Personen, welche von der Beitragspflicht befreit sind, auf maximal sechs Monate zu verlängern. Im März 1994 hat sich der Ständerat diesem Vorschlag angeschlossen und die Wartezeit, welche der Bundesrat für diese Personengruppen bestimmen kann, sogar auf maximal zwölf Monate verlängert. Ebenfalls beabsichtigt der Bundesrat, die Pauschalansätze herabzusetzen, welche Grundlage für die Bestimmung des massgebenden versicherten Verdienstes für diese Personen sind. Diese Massnahmen bewirken für diese Personengruppen einen erschwerten Zugang zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung, was gleichzeitig den Anreiz verstärkt, eine Arbeit (nötigenfalls auch einen Praktikumsplatz) anzunehmen.

Erklärung des Interpellanten: befriedigt
Déclaration de l'interpellateur: satisfait

94.3085

Interpellation Camponovo
Intensivierung des Eisenbahnverkehrs
Schweiz–Italien

Interpellanza Camponovo
Intensificazione del traffico ferroviario
fra la Svizzera e l'Italia

Interpellation Camponovo
Intensification du trafic ferroviaire
entre la Suisse et l'Italie

Wortlaut der Interpellation vom 7. März 1994

Eine Koordinierung der Entwicklung zwischen Norditalien und der Schweiz im allgemeinen und zwischen der Lombardei und dem Kanton Tessin im besonderen ist für unsere Wirtschaft und unsere Umwelt von sehr grossem Interesse.

Der Wirtschaftsraum Norditalien gehört zu den technologisch fortschrittlichsten und dynamischsten Regionen in Europa.

Die Annahme der Alpen-Initiative zwingt die Schweiz, die Bemühungen zur Lösung der Probleme im Bereich der Bahntransporte und des multimodalen Verkehrs zwischen den beiden Ländern fortzusetzen. Die Entwicklung unserer Nachbarregionen kann durch Absatzschwierigkeiten gefährdet und unser Einbezug in die Entwicklungsdynamik, wie sie die Lombardei, Bayern und die Region Lyon kennen, gebremst werden, wenn nicht neue Lösungen gefunden werden.

Ich ersuche darum den Bundesrat um Auskunft auf die folgenden Fragen:

- Beabsichtigt er, die Kontakte mit Rom zu verstärken, um die Politik zur Entwicklung des Bahnverkehrs zu intensivieren?
- Gedenkt er den Kanton Tessin in den Bemühungen zur Konkretisierung seiner grenzübergreifenden Politik zu unterstützen?
- Ist er bereit, die Realisierung der «Regione Insubrica» (Insubrische Region, die den Kanton Tessin und die Provinzen Como, Varese und Novara umfasst) zu unterstützen?

– Will er nicht umgehend eine Lösung zur Weiterführung der Eisenbahnschnellverbindung durch den Gotthard bis zur italienischen Grenze mit Anschluss an die italienischen Bahnstrukturen und Einrichtungen für den multimodalen Verkehr vorschlagen?

Testo dell'interpellanza del 7 marzo 1994

Lo sviluppo coordinato fra le regioni dell'Italia del nord e la Svizzera in generale nonché fra la Lombardia e il Ticino in particolare è di estremo interesse per la nostra vita economica e ambientale.

Il polo economico nord-italiano è fra le regioni europee più dinamiche e tecnologicamente avanzate.

L'accettazione dell'iniziativa delle Alpi impone alla Svizzera la continuazione degli sforzi tesi a risolvere i problemi dei trasporti ferroviari e intermodali fra le due Nazioni. In mancanza di soluzioni nuove lo sviluppo delle regioni a noi vicine potrebbe soffrire di difficoltà di smercio e frenare il nostro inserimento nella dinamica di sviluppo che caratterizza la Lombardia, la Baviera e la regione di Lione.

Chiedo pertanto al Consiglio federale se intende

- incentivare i contatti con Roma per attuare una politica di sviluppo dei traffici ferroviari più intensa di quella già in programma;
- sostenere gli sforzi del Canton Ticino intesi a concretizzare la sua politica transfrontaliera;
- sostenere la realizzazione della «Regione Insubrica» quale comunanza fra il Canton Ticino e le province di Como, Varese e Novara,
- proporre con urgenza una soluzione di continuità della linea ferroviaria veloce del Gotthard sino alla frontiera italiana con raccordo alle strutture ferroviarie e intermodali italiane.

Texte de l'interpellation du 7 mars 1994

La coordination du développement entre les régions du nord de l'Italie et la Suisse en général, et entre la Lombardie et le canton du Tessin en particulier, est d'un grand intérêt pour notre économie et notre environnement.

Le pôle économique que constitue l'Italie du nord fait partie des régions les plus dynamiques et technologiquement avancées d'Europe.

L'acceptation de l'initiative des Alpes oblige la Suisse à poursuivre ses efforts pour résoudre les problèmes de transports ferroviaires et intermodaux entre les deux pays. A défaut de solutions novatrices, le développement des régions voisines de notre pays pourrait connaître des difficultés sur le plan des échanges commerciaux, ce qui entraverait nos possibilités de participer au développement dynamique qui caractérise la Lombardie, la Bavière et la région de Lyon.

C'est pourquoi je demande au Conseil fédéral s'il entend:

- favoriser les contacts avec Rome afin de mettre en oeuvre une politique de développement des transports ferroviaires plus intense que celle qui est prévue actuellement;
- appuyer les efforts du canton du Tessin tendant à renforcer sa politique transfrontalière;
- soutenir la réalisation de la «Région insubrique» en tant que communauté d'intérêts entre le canton du Tessin et les provinces de Côme, de Varese et de Novare;
- élaborer d'urgence un projet visant à prolonger la ligne ferroviaire rapide du Gotthard jusqu'à la frontière italienne et à la raccorder au réseau ferroviaire et intermodal italien.

Mitunterzeichner – Cofirmatari – Cosignataires: Keine – Nessuno – Aucun

Schriftliche Begründung – Motivazione scritta – Développement par écrit

L'autore rinuncia alla motivazione e desidera una risposta scritta.

Interpellation Keller Rudolf Matura-Arbeitslosengeld. Missbrauch?

Interpellation Keller Rudolf Allocations de chômage accordées aux bacheliers. Une prestation abusive?

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.3034
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.06.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1210-1211
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 207

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.